



HERBST 2013 · NR. 33

ANTIBERLINER

2 | Beobachtet

Umgang mit dem Internet: Über soziale Netzwerke und die Überwachung

4 | Überwacht

Über die Transformation zur Überwachungsgesellschaft

06 | Bekämpft

Interview zu den sozialen Kämpfen in der Türkei



Back in town!

Der Antiberliner hat zugenommen. Dieses Mal gibt es ein wenig mehr Platz u.a. für die Frage was die Überwachung eigentlich mit uns macht. Ganz hinten kommt Feine Sahne Fischfilet zu Wort. Sie waren dem letzten Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern so viel wert, dass er ihnen in seinem letzten Bericht in etwa so viel Platz einräumte, wie der gesamten rechten Musikszene. Dass der Verfassungsschutz Bullshit ist: geschenkt! Aber solche kleinen Anekdoten zeigen wieder einmal mehr, dass er eben nicht auf dem rechten Auge blind ist, er hält sich aktiv das rechte Auge zu. Etwas anderes in eigener Sache: Unsere Homepage funktioniert momentan nicht. Das hat nicht unbedingt nur etwas mit der Ausspähung durch die NSA zu tun, aber wer weiß das schon so genau ...

DER ANTIBERLINER hat seinen Namen vom ehemaligen Berliner CDU- Bürgermeister Dieppen, der die Menschen in Kreuzberg als »Antiberliner« brandmarkte, nachdem sie am 1. Mai 1987 nachdrücklich darauf bestanden hatten, den Tag der Arbeit ohne Polizei zu feiern. Ein Ehrentitel also.

impressum

V.i.S.d.P.: Eberhard Dieppen
Fasanenweg 20
16547 Berlin

Redaktionskontakt:
[e] antiberliner@web.de

Unterstützt durch:
Antifaschistische Linke Berlin

Namentlich gekennzeichnete
Artikel spiegeln nicht
unbedingt die Position des
Redaktionskollektives wider.

Edward Snowden weiß wovon er spricht. Als Vertragsmitarbeiter der NSA hatte er laut eigenen Aussagen Zugriff auf Systeme, die es erlauben fast beliebige Informationen von Nutzer_innen des Internet auszuwerten. Dies belegt er durch eine Vielzahl veröffentlichter, als geheim eingestufteter Dokumente. Um eine Person umfassend auszuforschen, genügt es bereits eine E-Mail-Adresse oder ein Facebook-Profil zu kennen. Mit diesem Wissen können dann alle online verfügbaren Daten zusammengeführt und analysiert werden. Die Vielzahl an Gesetzen und Abkommen mit Unternehmen wie Apple, Microsoft, Facebook oder auch Google, sowie die große Anzahl an Abhörstationen überall auf der Welt machen dieses Horrorszenario möglich. Die BRD ist dabei eines der am besten mit Abhörmöglichkeiten abgedeckten Länder, wahrscheinlich nicht zuletzt wegen ihrer Rolle im Kalten Krieg.

dieses Tracking zwar nur bei aktiviertem WLAN und mittlerweile ist der Versuch auch wieder eingestellt worden. Dennoch zeigt es, wohin die Reise geht. Solche Datenmengen wecken Begehrlichkeiten bei den Behörden. Unternehmen wie Facebook arbeiten mit ihnen zusammen, ob freiwillig oder gezwungenermaßen spielt dabei im Endeffekt keine Rolle.

Was wird gespeichert?

Die bei Facebook zu meiner Person gespeicherten Daten umfassen alles, was ich tue. Jeder Klick innerhalb von Facebook, jede Suche, jede Nachricht, jede Freundschaftsanfrage, jeder Wechsel des Beziehungsstatus, all das wird gespeichert und ausgewertet. Löschen geht nicht. Löschen heißt in der heutigen digitalisierten Welt »als gelöscht markiert«. Den Inhalten wird quasi ein Hinweis hinzugefügt, dass sie nicht

Internet nach NSA-Affäre und den Enthüllungen von Edward Snowden

Die Überwachung des Internet ist allumfassend. Jede E-Mail, jede Chat-Nachricht wird von Geheimdiensten gespeichert. Was wie eine schlechte Verschwörungstheorie klingt muss seit den Enthüllungen von Edward Snowden und Glenn Greenwald leider als Tatsache aufgefasst werden

Von P.G.

Handy, Facebook und Soziale Netzwerke

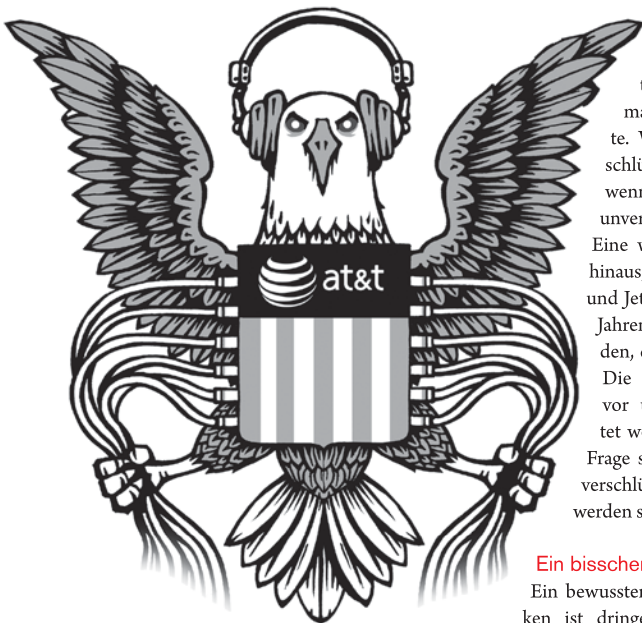
Kommunikation verändert sich und damit auch die Organisation der sozialen Beziehungen. Den Alltag ohne Handy zu organisieren ist mittlerweile fast unmöglich. Facebook und Co. bieten zusätzliche Funktionen und sind ebenso fast nicht mehr wegzudenken. Durch diese Entwicklungen und die tatsächliche Durchdringung des Alltags mit solcher Technik ist die Auswertung von sozialen Beziehungen immer leichter möglich. Schon mit Mobiltelefonen, die oft einzelnen Personen zugeordnet sind, ist es ein Leichtes über Gespräche und SMS ein Beziehungsgeflecht sowie Bewegungsprofile zu erstellen. Ein Mobiltelefon ist im Prinzip nichts anderes als ein Peilsender, den jede_r ständig mit sich herumträgt – ganz freiwillig.

Die Anzahl der erfassten Informationen nimmt durch die Nutzung von Facebook drastisch zu. Hier wird alles was ich tue erfasst. Jeder Klick in meiner Freundesliste, jede Suche nach entfernten Bekannten, jedes Folgen eines Links wird gespeichert. Das Interesse von Facebook ist dabei nicht eine umfassende Überwachung aller Nutzer_innen. Facebook will lediglich so viele Daten wie möglich erfassen, um sie wirtschaftlich zu verwerten, zum Beispiel durch sehr personalisierte Werbung. In London wurden bereits Mülleimer mit Displays aufgestellt, die Wege von Smartphones durch die Stadt verfolgen können. So sollte zielgerichtete Werbung auf den Mülleimern erscheinen. Möglich ist

mehr angezeigt werden sollen. Entfernt werden sie nicht. Ähnliches gilt für Bilder. Einmal auf einem Bild markiert, sind die wichtigsten Merkmale gespeichert und alle weiteren Bilder können automatisch erkannt werden. Das klappt mittlerweile sehr gut und nur weil ich Facebook untersage, das automatisch zu tun und in meiner Chronik anzuzeigen, heißt das nicht, dass es nicht gemacht wird.

Politische Mobilisierungen

Neben der privaten Nutzung wird Facebook auch gerne von politischen Gruppen zur Mobilisierung genutzt. Die schnelle Erreichbarkeit einer großen Menge an Leuten ist sicherlich sehr verlockend. Gruppen über Facebook zu organisieren ist aber mindestens grob fahrlässig. Selbst bei nicht öffentlich einsehbaren Gruppen macht man es den Behörden damit am Ende einfach zu leicht, Strukturen zu ermitteln. Wer ist in einer Gruppe, wem gefällt eine Kampagne, wer hat die Kampagnenseite angeschaut? Sollte irgendwas passiert sein, ist es dann ein Leichtes die Strukturen soweit auszuforschen, dass Repression möglich wird. Die Ermittlungsschwelle ist sehr niedrig und die Einfachheit, mit der in den online verfügbaren Daten ermittelt werden kann, macht es für die Behörden nur noch bequemer. Wer die letzten Prozesse beispielsweise zu Dresden (Lothar König) verfolgt hat, kann sich durchaus wundern, aus welchen Nichtigkeiten Prozesse konstruiert werden.



ein unsicheres, z.B. virenverseuchtes Betriebssystem. Kleine Fehler machen die Sicherheit schnell zunichte. Was nützt zum Beispiel eine Verschlüsselung meiner Jabber-Gespräche, wenn ich dann die Logs offen auf meiner unverschlüsselten Festplatte speichere!? Eine weitere Einschränkung ist darüber hinaus, dass die Sicherheit für das Hier und Jetzt gilt. Was, wenn in 5, 10 oder 20 Jahren neue Techniken entwickelt werden, die ein Entschlüsseln ermöglichen? Die Kommunikation liegt dann noch vor und kann nachträglich ausgewertet werden. Daher sollte sich jede_r die Frage stellen, ob bestimmte Inhalte auch verschlüsselt vom Internet ferngehalten werden sollten.

Ein bisschen frische Luft

Ein bewussterer Umgang mit sozialen Netzwerken ist dringend notwendig. Eine Diskussion innerhalb von Freundeskreisen und politischen Zusammenhängen wäre ein Anfang. Warum nutzen wir Facebook? Wie gehen wir damit um, wenn jemand aus unserem Freundeskreis das nicht möchte? Die Entwicklung von gemeinsamen Verhaltensrichtlinien für den Umgang mit Facebook innerhalb von Zusammenhängen könnte ein erster Schritt sein. Dabei sollte man sich aber bewusst sein, dass meine Art der Kommunikation immer auch zumindest meine direkten Freund_innen betrifft.

Verschlüsselungstechniken wie PGP und OTR funktionieren gut. Es gibt kaum akzeptable Gründe diese als politisch aktiver Mensch nicht zu nutzen. Genauso wie »offline« seit langem darauf geachtet wird, die eigene Privatsphäre zu schützen und Staat und Geheimdienste aus linken Strukturen herauszuhalten, ist dies online zumindest in einem gewissen Rahmen auch möglich. Grundsätzlich gilt weiterhin eine kleine Fahrradtour und ein bisschen frische Luft tun auch mal ganz gut. ★

Auch heute funktionieren aber Flyer, Aufkleber, Graffiti oder die gute alte Mund-zu-Mund-Propaganda noch. Auch bevor es Facebook gab sind Menschen auf Demonstrationen gegangen.

Sicher kommunizieren mit TOR, OTR, PGP?

Die Enthüllungen von Snowden haben nicht nur das erschreckende Ausmaß der Überwachung sichtbar gemacht, sie haben auch etwas Positives gezeigt: Verschlüsselungsprogramme wie PGP, OTR oder auch das TOR-Netzwerk, welches Verbindungsdaten anonymisiert, bereiten den Überwachungsapparaten reelle Probleme. Zwar ist es leicht Nutzer_innen von beispielsweise PGP in einer Region anhand der Metadaten herauszufiltern, die Inhalte tatsächlich zu lesen ist ihnen aber nicht ohne weiteres möglich.

Hier sind vor allem Bedienungsfehler ein Risiko, wie beispielsweise das aktivierte Loggen von Chats oder

Sicherer surfen

Sicher kommunizieren und spurenarm surfen ist nichts, was heutzutage große Schwierigkeiten bereitet. Wer seine E-Mails mit Thunderbird verwaltet, kann auf das komfortable Enigmail-Plugin zurückgreifen, das den Einsatz von PGP kinderleicht macht. Die Kombination Jabber und OTR ermöglicht sicher verschlüsselten Chat. Hier ist es allerdings sehr wichtig, seinen Gegenüber auch zu verifizieren. Programme die diese Kombination unterstützen sind Pidgin für Windows und Linux, sowie Adium für den Mac. Spurenarmes surfen erlaubt Firefox mit Hilfe verschiedener Plugins. Um penetrante Werbung loszuwerden, gibt es AdBlock Plus. Tracking-Dienste blockt man am besten mit dem Plugin Ghostery. Die Firefox-Erweiterung NoScript ermöglicht eine genaue Regulierung, was auf jeder Seite erlaubt ist und was nicht. Anleitungen zu den genannten Programmen findet ihr im Netz. Viele Infos zum Thema verständlich aufbereitet könnt ihr im [Privacy-Handbuch](http://cybererrorism.noblogs.org/files/2013/06/privacy-handbuch.pdf) nachlesen.

<http://cybererrorism.noblogs.org/files/2013/06/privacy-handbuch.pdf>

Tante Käthe: Burn the police station!

35 Jahre Haft für Chelsea (Bradley) Manning, schuldig in 19 Anklagepunkten, darunter Geheimnisverrat. Ihr verdanken wir die Bilder der »Kollateralmorde« oder auch die Informationen über systematische Folter im Irak. Es geht um Verrat, das mag niemand. Hierzulande werden sie auch nicht gemocht, diese Nestbeschmutzer. Dafür muss gar nicht das verwehrte Asyl von

Edward Snowden angeführt werden. 55 Jahre hat es nach dem Zweiten Weltkrieg gedauert, bis die Deserteure der Wehrmacht, die Verräter, rehabilitiert wurden – da waren die meisten schon tot. Verrat und Loyalität sind die Kategorien, die Teilhabe an der Macht von der Kerkerhaft trennen. 1973 wurde die sozialistische Regierung unter Allende in Chile beseitigt und der Diktator Pinochet eingesetzt,

mutmaßlich ein Gastauftritt der CIA. 60 Jahre nach der Wiedereinsetzung des Schah im Iran wurde jetzt auch offiziell zugegeben, dass die CIA zumindest das Orchester souffierte. Gezielt wurden die Menschen aufgewiegelt und der Opposition keine Wahl gelassen, als sich der Geheimdienstpartitur anzuschließen. Nicht, dass sich die Dienste der BRD freundlicher verhalten würden, doch steht die CIA als das Symbol der schmutzigen, verdeckten Vertretung von Kapitalinteressen. Sie arbeitet dabei unter anderem mit Daten, die von der NSA abgeschöpft wurden. Die momentan durch die Enthüllungen Snowdens thematisierte NSA verfügt nämlich über noch weitaus mehr Mittel zur Überwachung der weltweiten Kommunikation, als jeder andere Geheimdienst. Diese Überwachung ist offensichtlich umfassender, als von den Kühnsten befürchtet. Dies führt gerade möglicherweise dazu, dass auch bürgerliche Kreise ihre Loyalitäten einer Prüfung unterziehen. Insbesondere, wenn an eben diese appelliert wird, den durch den »Verrat« entstandenen Glaubwürdigkeitsschaden im neuen Krieg gegen Syrien zu vergessen. Da ändert auch das hilflose Stammeln eines Innenministers nichts, die Weitergabe von Privatdaten habe angeblich »Terror« verhindert. Die Überschrift jedenfalls stammt aus dem »Handbuch des Freiheitskämpfers«, in den 80ern verfasst und verteilt durch die CIA in Nicaragua.



Diese Sätze schrieb George Orwell bereits kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Der Roman »1984« galt Jahrzehnte lang als Inbegriff einer Dystopie. Eine Beschreibung eines totalitären Überwachungsstaates, in dem die persönlichen Freiheiten des Individuums außer Kraft gesetzt sind. Möglicherweise wird in Zukunft »1984« nicht mehr als ein düsterer Zukunftsroman angesehen werden, sondern vielmehr als eine relativ präzise Voraussage über die gesellschaftlichen Verhältnisse im 21. Jahrhundert.

SPIEGEL, dass der US-Geheimdienst allein in Deutschland jeden Monat rund eine halbe Milliarde Telefonate, E-Mails und SMS überwacht. Bei dieser flächendeckenden Überwachung der Kommunikation geht es nicht nur um sogenannte Metadaten (Daten die Informationen über Merkmale anderer Daten enthalten), sondern vor allem um den Inhalt der E-Mails, Chat-Protokolle, Suchanfragen und Videotelefonate. Eine derartige Überwachung kann wohl am ehesten mit einer Video-Totalüberwachung des gesamten öffentlichen

so nämlich etwas wesentlich Schlimmeres verhindert werden könnte. Inwiefern sich allerdings anhand einer solchen Argumentation diese unglaublich große Anzahl gespeicherter Daten begründen lässt, ist zweifelhaft. Würden die halbe Milliarde Daten pro Monat tatsächlich nur zur Terrorismusabwehr benötigt werden, müssten in Deutschland über eine Millionen potentieller Terrorist_innen leben. Neben dem massiven Sammeln privater Daten wurden auch etliche europäische Institutionen ausgespäht. So wurden beispielsweise Wanzeln in diplomatischen Vertretungen in

Das Ende des Liberalismus

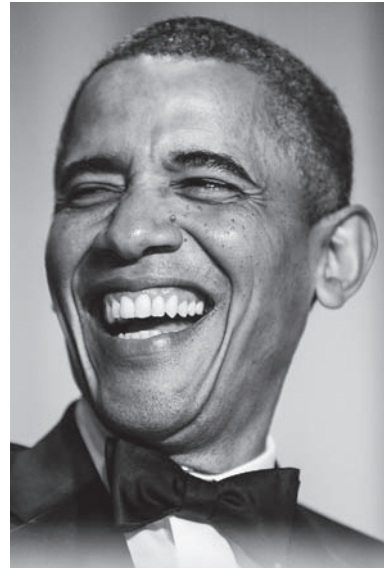
»Er zog ein Fünfundzwanzig-Cent-Stück aus der Tasche. Auch hier waren in winziger, klarer Schrift die gleichen Devisen eingestanz, während die Kehrseite der Münze den Kopf des großen Bruders zeigte. Sogar auf der Münze verfolgten einen die Augen. Von Geldmünzen, Briefmarken, Bucheinbänden, Fahnen, Plakaten, Zigarettenschachteln – von überall verfolgen sie einen. Immer wurde man von den Augen beobachtet, von der Stimme eingehüllt. Im Wachen und im Schlafen, bei der Arbeit oder beim Essen, im Haus oder außer Haus, im Bad oder im Bett – es gab kein Entrinnen. Nichts gehörte einem außer den paar Kubikzentimetern im eigenen Schädel.«

Der gläserne Mensch?

»Wenn ich an meinem Schreibtisch sitze, könnte ich jedermann überwachen, anfangen bei ihnen oder ihrem Buchhalter über einen Bundesrichter bis hin zum Präsidenten, wenn ich eine persönliche E-Mail-Adresse von ihnen hätte.« Diese Aussage des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden scheint sich mit jeder neuen Enthüllung mehr zu bewahrheiten. Weltweit überwachen Geheimdienste massiv die Kommunikation im Internet, wie auch Telefonverbindungen und Briefverkehr. So berichtete beispielsweise der

Raums und auch aller privaten Räumlichkeiten verglichen werden. Als Erklärung für diese massiven Verletzungen bürgerlicher Grundrechte wird in erster Linie die Bekämpfung des »internationalen Terrorismus« herangezogen. So wusste beispielsweise Innenminister Friedrich nach seiner »Aufklärungsreise« in die USA davon zu berichten, dass durch die Überwachung eine nicht weiter bestimmte Anzahl von Terroranschlägen verhindert worden sei. Daher, so die hinter dieser Argumentation stehende Logik, sei es zulässig in die individuellen Freiheiten einzugreifen, weil

Washington und New York gefunden. Selbst verschlüsselte Videokonferenzen der Vereinten Nationen (UN) sind abgehört worden. Spätestens hier zeigt sich die Absurdität des Argumentes, eine derartige Überwachung diene der Terrorabwehr. Von der Politik ist kein erstzunehmendes Interesse an der Aufklärung dieses brisanten gesellschaftlichen Themas zu erkennen, was sich nicht zuletzt darauf zurückzuführen lässt, dass seit Jahrzehnten eine enge Zusammenarbeit zwischen diversen Geheimdiensten und Politik existiert. Folgerichtig erklärte Kanzleramtschef



Pofalla die Debatte für beendet und Innenminister Friedrich ergänzte, dass die NSA-Affäre abgehakt werden könne, da sich alle Verdächtigungen »in Luft aufgelöst« hätten.

Kein Grund zur Sorge?

Im Grunde ist es unbegreiflich. Trotz eines der größten Skandale der Nachkriegszeit bleibt eine breite Empörung aus. Während sich in der deutschen Politik zaghaft darüber gestritten wurde, wer wann wovon etwas gewusst hatte, wurde darüber, was eine derartige Art von Überwachung eigentlich über gesellschaftliche Strukturen aussagt, nicht diskutiert. Dabei war es vor wenigen Jahren noch durchaus en vogue eine flächendeckende Überwachung der Bevölkerung als totalitär zu bezeichnen. Man denke nur an die zahlreichen Vergleiche zwischen der DDR und Nazi-Deutschland. An Universitäten konnten sich hierzu ganze Fachbereiche austoben. Es ist kaum vorstellbar, dass in der heutigen Zeit Studien über gesellschaftliche Überwachung und Kontrolle durch Geheimdienste wie dem NSA (USA) oder GCHQ (GB) in vergleichbarer Weise finanziell gefördert würden. Getreu dem Motto »Wer nichts zu verbergen hat, muss auch nichts befürchten«, wird massiv das Privatleben überwacht, ohne das ein gesellschaftlicher Aufschrei zu befürchten wäre. Während es beispielsweise bei der »Volkszählung 1987« noch einen massiven Boykott in der Bevölkerung gab, kam es beim sogenannten »Zensus 2011« zu keinerlei nennenswerten Protesten. Offensichtlich hat in dieser Beziehung ein gesellschaftlicher Paradigmenwechsel stattgefunden. Es steht zu befürchten, dass zukünftig jeder Mensch solange verdächtig erscheint, bis dessen Unschuld nachgewiesen ist. Doch was sagt es eigentlich über gesellschaftliche Verhältnisse aus, wenn bürgerliche Grundrechte wie beispielsweise die Unverletzbarkeit der eigenen Wohnung, Pressefreiheit, das Briefgeheimnis oder die Wahrung der Privatsphäre systematisch verletzt werden, und dies niemanden so richtig zu stören scheint? Sind die Zeiten vorbei, in denen individuelle Freiheitsrechte als Voraussetzung eines gesellschaftlichen Zusammen-

lebens angesehen wurden? In den USA wird sich nur noch auf individuelle Freiheitsbegriffe berufen, wenn es beispielsweise darum geht, gegen eine Einschränkung des Verkaufes von Schnellfeuerwaffen zu protestieren, dass aber z.B. der Briefverkehr flächendeckend überwacht wird, scheint im Verhältnis hierzu nur wenige zu stören. Wie kann es sein, dass dem Schutz der Privatsphäre immer weniger Bedeutung zugeschrieben wird?

Der Kampf gegen den Terror als ein Instrument sozialer Disziplinierung

Ein wichtiger Aspekt hierbei liegt in dem sogenannten »Kampf gegen den Terror«. Systematisch wird in der Öffentlichkeit die Angst vor einem »weltweiten Terrorismus« geschürt. In schöner Regelmässigkeit werden über die Massenmedien Warnungen vor möglichen Terroranschlägen verbreitet und zur Wachsamkeit aufgerufen. Diese Angst wiederum wird instrumentalisiert und zur sozialen Kontrolle benutzt. Neben einer sozialen Kontrolle sollen durch eine diffuse »Terrorgefahr« die derzeitigen ökonomischen Krisen kaschiert und gesellschaftliche Konflikte minimiert werden. Besonders in Krisenzeiten sind Menschen anfällig für autoritäre Lösungsansätze. In dem Kontext ist es nicht verwunderlich, dass Überwachung und deren gesellschaftliche Akzeptanz seit dem Beginn der sogenannten Finanzkrise zugenommen haben. Immer offener tritt der eigentliche Zweck des Kapitalismus zutage. Es geht um Wertschöpfung und Profitmaximierung. Hierfür spielen individuelle Freiheiten wie beispielsweise Pressefreiheit oder das Briefgeheimnis nur eine untergeordnete Rolle. Die Menschen sind vor allem unter dem Aspekt der Mehrwertproduktion und als Konsument_innen relevant. Individualität ist vor allem im Bereich des Konsums wichtig, nicht aber in einem politischen Sinn. »Der Mensch ist des Menschen Wolf.« Dieses Menschenbild von Thomas Hobbes aus dem 17. Jahrhundert könnte zum neuen Paradigma des 21. Jahrhunderts werden. Die Menschen geben aus Angst vor den anderen Menschen bereitwillig ihre individuellen Freiheiten zugunsten

eines Gesellschaftsvertrages auf, in dem nicht vordergründig ihre Individualität, sondern gesellschaftliche Strukturen geschützt werden. Dieser Ansatz scheint recht genau die momentane gesellschaftliche Entwicklung der sogenannten Informationsgesellschaft zu beschreiben. Der Unterschied zum »damaligen Leviathan« besteht lediglich darin, dass heutzutage die Menschen ihre individuellen Freiheiten keinem absolutistischen Herrscher opfern, sondern der Aufrechterhaltung der Bedingungen einer reibungslosen Kapitalakkumulation. Das sich nur so wenig Protest regt, ist zumindest teilweise auch Ausdruck davon, wie stark die gesellschaftlichen Individuen bereits an Reglementierung und Einschränkungen der individuellen Freiheiten gewöhnt sind.

Generation Facebook

Paradoxerweise geht der Rückgang individueller Freiheiten und das Aufgehen der Menschen in der Masse einher mit einer Art von gesellschaftlicher Profilneurose. Ob durch soziale Netzwerke, YouTube oder die Massenmedien, noch nie war es so einfach, für einen kurzen Augenblick Aufmerksamkeit zu erhaschen. Bereitwillig wird ein großer Teil des Privatlebens öffentlich zur Schau gestellt. Es scheint fast so, als wäre es eine trotzigte Reaktion auf die Vereinzelung und Anonymität der Postmodernen, dass sich Menschen selbst beweisen wollen, dass sie eine eigene Persönlichkeit haben, indem sie ihr Privatleben derart offensiv exponieren. In diesem Sinn leisten die Menschen einen freiwilligen Beitrag auf dem Weg zur Überwachungsgesellschaft. Mittlerweile haben soziale Netzwerke eine Art von normativem Charakter bekommen. So gibt es beispielsweise kaum noch ein Vorstellungsgespräch, in dem der oder die Bewerber_in nicht per Google und Facebook unter die Lupe genommen wird. Zum ersten Mal in der Geschichte könnte bald der berechenbaren digitalen Persönlichkeit eines Menschen eine größere Bedeutung zukommen, als der realen Person. Grundlage hierfür bildet eine flächendeckende Überwachung. ★



»Der Wasserwerfer und ich sind seit zehn Tagen zusammen, das wird was Ernstes!«

Der Protest gegen das Bauvorhaben am Taksimplatz zeichnete sich durch viel Kreativität, Humor und Ironie, sowie einem generationsübergreifenden breiten und auch militanten Widerstand aus. Der Antiberliner sprach mit den Aktivist_innen Begüm Özden Firat und Firat Genç aus Istanbul über die Hintergründe und Anliegen des Protestes. Beide sind seit langem in Migrationsnetzwerken und Anti-Gentrifizierungsinitiativen politisch aktiv, weiter sind sie im Netzwerk Müstereklerimiz (Unsere Commons) organisiert.

Worum geht es bei dem Protest rund um den Taksim-Platz?

Begüm: Der Taksim Platz ist zunächst kulturell wie politisch ein sehr wichtiger Platz, insbesondere für die Linke, die hier beispielsweise ihre 1. Mai Demonstrationen abhält. 2005 wurde die Demonstration auf dem Platz verboten, aber 2009, nachdem es vier Jahre Auseinandersetzungen gegeben hatte, konnte der Platz zurück gewonnen werden. Bei der 1. Mai Demonstration im Jahr 1977 hatte es auf diesem Platz ein Massaker gegeben, bei dem 35 Menschen starben. Für die Linke ist der Platz also politisch wichtig, aber er hat auch eine gesellschaftliche Bedeutung. Es wird sich hier beispielsweise getroffen, um bei Weltmeisterschaften zu feiern. Mit dem Fällen der ersten Bäume wurden die Regierungspläne für alle sichtbar, dort soll jetzt ein neoliberales Projekt entstehen, eine komplett neue Verkehrsführung, die alle gesellschaftlichen Zusammenkünfte zukünftig

unterbinden wird. Der Widerstand richtete sich also nicht nur gegen das Fällen einiger Bäume. Vielmehr wurde hier die Regierung, Hand in Hand mit dem Kapital, bei illegalen Aktivitäten erwischt.

Was ist neu in diesem Protest?

Firat: Die Art des Protestes hat uns überrascht, in seiner Militanz aber auch in seiner demokratischen Vorgehensweise. Darin, dass sich das Mitspracherecht über diese Entwicklungen von den Menschen einfach genommen und zusammen der Protest artikuliert wurde. Auch gerade von jungen Leuten, die zum ersten Mal in einem Protest mit den Ordnungskräften verwickelt waren, wurden direktdemokratische Methoden entwickelt. Das war ein großer Schritt für uns, denn wir wussten gar nicht, dass diese Menschen so unzufrieden oder sogar wütend waren.

Begüm: Neu ist auch die Beteiligung von organisierten Fußballfans in die Proteste, die waren sehr aktiv und sehr kreativ. Beispielsweise haben sie neue Parolen erfunden, die am Ende alle gesungen haben, aber auch bei der Organisation des Camps oder dem Bau der Barrikaden waren sie dabei. Sie wurden so etwas wie die älteren Brüder von den jungen Aktivist_innen, sie haben ihre Erfahrungen mit ihnen geteilt. Auch weil sie die Auseinandersetzungen mit der Polizei schon kannten, wurden sie von der Regierung als Gefahr angesehen und deshalb auch massiv angegriffen.

Was war der bewegenste Moment für euch in den Protesten?

Firat: Für mich war das der 31. Mai. Bis dahin hatte sich fast eine Art von Protestalltag eingestellt, wenn man so etwas überhaupt sagen kann, wenn man jeden Tag angegriffen wird. Am 30. Mai kam es zu harten Angriffen der Polizei und wir wurden immer weiter zurückgedrängt. Die Straßen waren voller Tränengas und die Stimmung war bedrückend. Morgens um vier Uhr zogen wir uns dann kurz zurück, um uns auszu-ruhen. Als wir um sechs Uhr wieder aufstanden, waren alle darauf eingestellt, dass es jetzt noch schlimmer werden würde. Als wir dann aber durch die Straßen zum Ausgangspunkt unserer Proteste liefen, da waren die Straßen schon voll mit tausenden von jungen Leuten, die wir bis dahin noch nicht gesehen hatten. Und auf dem Weg gab es schon riesige Barrikaden und die Leute sangen, und riefen: Das ist ein Aufstand, reiht euch ein. Es war eine krasse Stimmung, es ging ganz klar gegen die neoliberale Regierung. Die Auseinandersetzungen dauerten über 30 Stunden an und die Protestierenden an diesem Tag waren vielleicht mit die wichtigsten.

Begüm: Mein bewegenster Moment war ein paar Tage nachdem der Park geräumt wurde. Da war ich mit einem Freund unterwegs und wir liefen zu einem »Nachbarschaftsforum«. Während der Proteste hatten wir so viel zu tun, da sieht man tausend Dinge und hat gar nicht viel Zeit darüber nachzudenken. Aber in dem Moment realisierte ich: »Krass, jetzt laufen wir wirklich zu diesem Treffen, wo die Nachbar-





schaft zusammenkommt und über ihre eigene Zukunft entscheiden will. Hier ist wirklich eine Tür geöffnet worden.« Wenn man noch die »assembleas« in Argentinien vor Augen hat, wie sie maßgeblich die politische Situation 2001 mitbestimmt haben, dann ist das wirklich ein großer Schritt. Und ich merkte das erst jetzt, nachdem sich der ‚Protestalltag‘ ein bisschen gelegt hatte. Das hätte ich vorher nie für möglich gehalten.

Ihr beschreibt die aktuelle Situation als eine neue Form eines autoritären Neoliberalismus. Was versteht ihr darunter?

Firat: Eigentlich ist diese Form des Neoliberalismus nicht neu. Sie begann in den 1980er Jahren mit den Angriffen auf die Gewerkschaften. Alle kennen diese weltweite Geschichte. Aber im nachhinein betrachtet kann diese Phase in der Türkei nicht als voller Erfolg für die Macht-habenden gewertet werden, denn sie konnten keine Hegemonie für sich herstellen. Sie attackierten zwar die Linke und die Gewerkschaften, aber sie konnten ihr Projekt nicht zu Ende bringen.

Aber nach der ökonomischen Krise von 2000/2001, die die gesamte ökonomische Struktur des Landes zerstörte, nutzten sie diese Situation als Chance, ihr Projekt voranzutreiben. Das traditionelle politische Spektrum war zerstört. Aber die jetzige AKP-Regierung verstand es, alle rechten und islamischen Parteien zu vereinen und so eine breite Allianz zu bilden. Diese Koalition attackierte nun in großem Stil die Gewerkschaften, den Arbeitsmarkt, das Bildungswesen etc. Die bisherigen Sozialpläne wurden abgeschafft und die Privatisierung wurde weit bis in die ländlichen Gebiete vorange-trieben. Dies veränderte auch die Struktur der ländlichen Gesellschaft, es setzte insbesondere in Anatolien eine Migration in die nächst größeren Städte ein. Dies fand in Verbindung mit

Großprojekten im Energiesektor statt. Die Gemeingüter der ländlichen Gesellschaft wurden einfach dafür benutzt - beispielsweise die Flüsse für Wasserkraftwerke. Es blieb den Menschen nichts anderes übrig, als zu fliehen. Das gesamte ökonomische Programm der Regierung war zudem auf die Expansion des Bausektors ausgelegt. Deshalb gab es dann auch große Angriffe auf die »working poor« Menschen, die in den 1970ern beispielsweise ohne Baugenehmigung ihre eigenen Unterkünfte nahe der Mülldeponie gebaut haben. In Zeiten, in denen es hier sicher keinen Plan für sozialen Wohnungsbau gab. So gab es auch große Migrationsströme in die großen Städte, da viele Menschen ihre Häuser verloren und vor dem Nichts standen.

Begüm: Dieser autoritäre Ton des Neoliberalismus ist ein globaler Trend, aber vielleicht hat das Autoritäre in der Türkei etwas mehr Gewicht. Viele Menschen sagen, es läge an der Persönlichkeit des Premierministers, der eben irgendwie »böse« sei. Aber das ist es nicht, sondern es hat Struktur. Eine Struktur, die Sinn macht für die Gewinner dieses Wirtschaftssystems, für die Akkumulation des Kapitals, hier als ursprüngliche oder primitive Akkumulation. Der Staat als unterdrückende Maschine tut hier genau das, was von ihr verlangt wird. Aber das Autoritäre dringt auch immer tiefer in den Alltag ein: Das drohende Verbot von Abtreibungen beispielsweise ist nicht einfach nur eine Unterdrückungsmaßnahme gegen Frauen und auch nicht allein der islamischen Ausrichtung der Regierung geschuldet, sondern es hat einen Sinn in Bezug auf die Demographie und die Sicherung der Reproduktionsfähigkeit der Bevölkerung für das Akkumulationsregime des Kapitals. Genau deshalb beschwört die Regierung auch ständig die nationale Einheit wenn es darum geht, mögliche Aufstände im Keim zu ersticken und verschiedene soziale Schichten

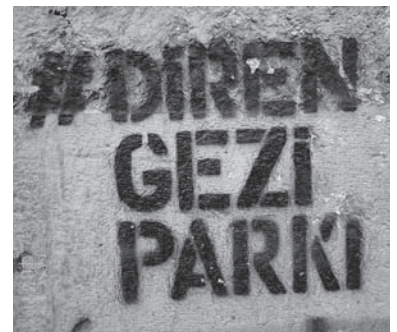
unter dem Deckmantel der Fahne zu vereinen. Natürlich ist das auch eine globale Strategie und wahrscheinlich in Deutschland nicht sehr anders.

Was war die Reaktion der Regierung auf die Aufstände?

Begüm: Die Regierung betrachtet die Aufstände als eine Verschwörung der internationalen Finanzelite, als Reaktion auf das ‚Wirtschaftswunder‘ in der Türkei der letzten Jahre, unterstützt durch die großen Oppositionsparteien. Deren Reaktion erfolgte auf zwei Ebenen. Zunächst mit blanker Gewalt, auf dem Platz wurde mit Plastikgeschossen und Tränengaskartuschen geschossen, dadurch wurden fünf Menschen getötet. Als das die Menschen jedoch nicht stoppte, wurde die juristische Repressions-schiene aktiviert. Es kam zu großen Verhaf-tungswellen und Anklagen, insbesondere auch gegen die Ultras aus den Fußballzusammen-hängen. Es sind viele Anklagen wegen Rädels-führerschaft anhängig, die Prozesse von noch immer über hundert Inhaftierten erwarten wir im September.

Wie sieht die Zukunft der Bewegung aus?

Firat: Das hängt von unserer Arbeit ab. Wir haben ein großes Potential, um vorwärts zu gehen. Aber es wird auch nicht automatisch einfacher, denn die Bewegung ist nicht als eine Soziale Bewegung oder Ökologische Bewegung gewachsen. Wir müssen jetzt unsere Bewegun-gen zusammenbekommen und eine politische Alternative zu dieser rechten Partei entwickeln. Wir haben nicht die Illusion, dass es zu einem großen politischen Erdbeben kommen wird, was oft behauptet wird. Das hat in der Vergangen-heit weder für die 1968er in Frankreich funktioniert, noch in Griechenland, Italien oder Spanien. Eine antikapitalistische Alternative braucht ihre Zeit, um zu wachsen. Deswegen müssen wir um so mehr daran arbeiten. ★





Im Mai 1993 wurde von einer breiten Mehrheit im Parlament die sogenannte Drittstaatenregelung beschlossen. Danach müssen Geflüchtete in dem als sicher geltenden Land Asyl beantragen müssen, das sie zuerst erreichen. Deutschland ist umringt von ausschließlich als sicher geltenden Drittstaaten. Dieser Beschluss stellt daher die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl in Deutschland dar und ist das Fundament für die Flüchtlingspolitik seitdem. Dem Beschluss ging eine Hetze gegen Geflüchtete voraus. Mit rassistischen Parolen befeuerten Vertreter_innen der sogenannten bürgerlichen Mitte die Stimmung in einer Art und Weise, die man sonst nur von Neonazis gewohnt war. »Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten – Ansturm der Armen« titelte Der Spiegel (9.9.1991), bebildert mit einem übervollen Boot in schwarz-rot-gold.. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung kreierte das zynische Wort »Asyl-Touristen«, als ginge es nicht um lebensbedrohliche Fluchtgründe wie Folter, Krieg oder Hunger, mitgeschürt von den westlichen Industriestaaten. Und natürlich reihte sich auch die Bild-Zeitung in den Kanon ein. Das auflagenstarke Springer-Blatt titelte »Fast jede Minute ein neuer Asylanter – Die Flut steigt, wann sinkt das Boot?« (2.4.1992).

Hoyerswerda und Rostock: Der Mob applaudierte

Im Jahr 1991 kam es zu mindestens 500 gewalttätigen Straftaten von Neonazis. Im September begann ein rassistisches Pogrom, durch das der Name der Stadt Hoyerswerda bis heute für die rassistischen Ausschreitungen Anfang der 90er

Aus der Geschichte lernen

Bei der rassistischen Hetze, die sich zur Zeit überall dort zeigt wo Geflüchtete einziehen sollen zeigen sich erschreckende Parallelen zur Situation Anfang der 1990er Jahre in Deutschland. Doch es sind nicht dieselben Umstände.

Jahre steht. Am Anfang stand ein Überfall einer Gruppe Neonazis auf vietnamesische Straßenhändler_innen. Die tagelangen Angriffe zwischen dem 17. und dem 22. September 1991 richteten sich bald auch gegen eine Vertragsarbeiterunterkunft von Moçambiquaner_innen und ein Heim für Asylsuchende. Der aufgehetzte Mob auf der Straße klatschte jubelnd Beifall. Dies setzte eine Spirale in Gang. Durch die Ausschreitungen auf der Straße fühlten sich konservative Politiker_innen bestärkt in ihrer ausländerfeindlichen Rhetorik, die sie immer offener ausdrückten. Diese Rückendeckung von Seiten der Politik wiederum befeuerte die

rassistischen Übergriffe auf der Straße. Allein zwischen 1991 und 1993 wurden über 4700 neofaschistische Angriffe verübt, 26 Menschen starben. Fast 1800 Menschen wurden verletzt.

Tagelang wütete im August 1992 in Rostock ein gewalttätiger Mob unter dem Beifall tausender Bürger_innen vor der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge (ZAST) und einem Wohnheim ehemaliger vietnamesischer Vertragsarbeiter_innen, unterstützt von eigens angereisten Neonazis. Obwohl sich erkennbar noch etwa hundert Menschen in dem Haus aufhielten, wurde es in Brand gesteckt. Die Polizei und die politisch Verantwortlichen der Kommune, des Landes sowie des Bundes zeigten sich unwillig und unfähig, den tobenden rassistischen Mob aufzuhalten und die Menschen zu schützen. Die Feuerwehr wurde gehindert, den Brand zu löschen. Die Menschen in dem Gebäude entkamen Feuer und Rauch nur sehr knapp.

Bundestag schaffte das Asylrecht mit einem Handschlag ab

Die Bundestagsdebatte zur Änderung des Asylrechts im Mai 1993 wurde vor dem Parlament, damals noch in Bonn, von Protesten gegen die Abschaffung des Asylrechts vor der Tür begleitet. Zehntausende organisierten eine Blockade, um die Änderung des Grundgesetzes zu verhindern. Doch die inszenierte Parlamentsdebatte war durch mehrere tausend Polizeikräfte und NATO-Draht gesichert und dauerte von neun Uhr morgens bis spät in die Nacht. Dabei war die Zustimmung der bürgerlichen Parteien si-



cher und die nötige Zweidrittelmehrheit wurde erreicht. Drei Tage nach der Debatte wurde in Solingen ein Brandanschlag auf ein Zweifamilienhaus verübt, das von Menschen türkischer Abstammung bewohnt war. Dabei wurden zwei Frauen und drei Mädchen ermordet. 14 weitere Familienmitglieder erlitten zum Teil lebensgefährliche Verletzungen.

Heute: Rechte Gewalttaten auf konstant hohem Niveau

Einerseits sind die Verhältnisse heute anders und der zunehmende Protest von Geflüchteten macht Mut, dass Bewegung in die festgefahrene Asylpolitik kommt. Andererseits nehmen die Übergriffe auf Geflüchtete wieder zu. Und das, obwohl die Flüchtlingszahlen heute deutlich geringer sind als in den 90ern. Die Anerkennungsquote von Asylsuchenden liegt bei unter zwei Prozent.

In Berlin-Hellersdorf mobilisiert eine sogenannte Bürgerinitiative gegen eine Flüchtlingsunterkunft im Bezirk. Die Bürgerinitiative gibt sich einen biedereren Anschein und wehrt sich gegen eine Bezeichnung als »Nazis«. Allerdings ist mittlerweile klar, dass es sich um eine von der NPD initiierte Gruppe handelt. Auf Informationsveranstaltungen des Bezirks reden NPD-Funktionär_innen und lassen sich als Ventil des »Volkszorns« nutzen, den sie zuvor selbst geschürt haben. Einige trugen T-Shirts mit dem Datum des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen. Diese eindeutige Drohung ist nicht mal halbherzig versteckt. Und es zeigt, dass sie die Anwohner_innen hinter sich wännen, da dieser Bezug immer auch applaudierende Zuschauer_innen meint. In Reinickendorf hat eine Hausgemeinschaft einen Spielplatz umzäunt, damit Kinder, die im angrenzenden Flüchtlingsheim leben, ihn nicht mehr nutzen können. In Duisburg mehren sich Angriffe auf ein vorwiegend von Roma bewohntes Haus und in Hamburg hat die bloße Ankündigung, einen Platz für ein neues Flüchtlingsheim zu suchen gereicht, um Bürgerinitiativen vor allem in verschiedenen bürgerlich geprägten Kiezen entstehen zu lassen. Diese sind zwar noch klein, aber zeigen die Richtung, in die es geht. Gerade kurz

vor der Wahl nutzen rechtspopulistische Parteien und die offen rechte NPD die Unsicherheiten in der Bevölkerung und heizen diese an. Sie machen Stimmung damit und nutzen diese zur eigenen Profilierung.

Seit 1990 wurden mindestens 183 Menschen von Neonazis ermordet. Allein im Jahr 2011 gab es zwei Todesopfer rechter Gewalt. Das Bundesinnenministerium zählte im selben Jahr 828 Gewalttaten und insgesamt 16.873 Straftaten, bei denen sie von einem rechten Motiv ausgegangen wird. Die tatsächliche Zahl dürfte weit höher liegen, da in den offiziellen Zahlen viele Taten nicht auftauchen beziehungsweise deren rechter Hintergrund verharmlost oder verschleiert wird. Dieses hohe Niveau ist seit Jahren stabil. Aber auch diese Zahlen hinterlassen einen Eindruck, wie weit verbreitet rechtes Gedankengut noch ist. Hochgerechnet bedeuten sie, dass mindestens 15 rechte Gewalttaten, die rechts einzuordnen sind pro Woche begangen werden. Oder alle 30 Minuten eine rechte Straftat, vom Zeigen eines Hitlergrußes über rassistische Beleidigungen bis hin zum Verteilen rechter Musik oder dem Beschmieren von Wänden o.ä..

Rechtes Gedankengut ist immer noch überall

In der öffentlichen Wahrnehmung findet rechtes Gedankengut fast nur in der Auseinandersetzung mit den Gewalttaten statt. Eine

setzung mit dem alltäglichen Rassismus gibt es kaum. Die Fokussierung auf Gewalt ist als Abwehrreflex leicht erklärbar, ermöglicht sie doch Rassismus und Faschismus weit von sich zu weisen. Die Schuldigen sind benannt und nach den eigenen Defiziten muss nicht mehr gesucht werden. Der andere, alltägliche Rassismus ist aber auch noch da. Er spiegelt sich wieder in Polizeikontrollen, bei denen nur Menschen, die nicht wie Bio-Deutsche aussehen kontrolliert werden. Er bricht sich Bahn, wenn Angela Merkel (CDU) sagt: »Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert.« Er zeigt sich, wenn Thilo Sarrazin (SPD) von »Kopftuchmädchen« schreibt. All dies geschieht in der sogenannten bürgerlichen Mitte. Das es geschieht ist ein alter Hut und löst höchstens kurze Abwehrreflexe aus. Und genau das macht es so gefährlich. ★



Kein Krieg in Syrien!

Die Kriegsvorbereitungen gegen Syrien laufen schon seit Wochen auf Hochtouren. Für die Regierungen in Washington, London und Paris ist es anscheinend bewiesen, dass die syrische Regierung für den Giftgaseinsatz verantwortlich ist. Alle drei Staaten bereiten nach eigenen Aussagen ihre Armeen für mögliche Angriffe auf Syrien vor, auch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats. Auch die Türkei will sich beteiligen und ihre Luftwaffenbasen in Izmir und Incirlik zur Verfügung stellen. Die Initiative gegen Krieg und Militarisierung ruft dazu auf, gegen den Kriegseinsatz auf die Straße zu gehen. Wenn es zu einem Militäreinsatz gegen Syrien kommt, wird es eine Demonstration geben, welche um 18 Uhr am Alexanderplatz beginnt.

<http://nowar.blogspot.de>

Frieden statt Verbot

Der Freiheitskampf der Kurd_innen befindet sich in einer entscheidenden Phase. Die Guerilla in Nordkurdistan/Türkei hat einen Waffenstillstand ausgerufen und langsam beginnt ein Friedensprozess. In Westkurdistan/Syrien haben Kurd_innen zahlreiche Städte und Gemeinden übernommen und wehren sich gegen Angriffe der »Freien Syrischen Armee« und Truppen des Assad-Regimes. Gleichzeitig gibt es in der Türkei starke Proteste gegen die autoritäre Regierung. Diese geht repressiv gegen linke Kräfte sowie gegen jede Form der kurdischen Freiheitsbewegung, Politiker, Journalisten, Kulturschaffende etc. vor. Am 16. November 2013 findet ab 11 Uhr in Berlin (Karl-Marx-Allee/Alexanderplatz) unter dem Motto »Friedensprozess unterstützen – PKK-Verbot aufheben« eine bundesweite Demonstration statt.

<http://friedenstattverbot.blogspot.de>

Der Kampf der Geflüchteten

20 Jahre nach der faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl finden Proteste gegen die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik vermehrt statt.



Selbstorganisierte Flüchtlingsgruppen lassen sich nicht länger zum Objekt der Repressionsorgane machen. Prominentestes Beispiel ist sicherlich noch immer das Flüchtlingscamp auf dem Oranienplatz mitten in Berlin Kreuzberg. Es entstand dort nach einem Fußmarsch aus Protest gegen den Umgang mit Geflüchteten Ende 2012 von Bayern nach Berlin entstand. Sie tragen mit ihrem Camp das Bewusstsein, dass Geflüchtete in diese Gesellschaft gehören und ihnen elementare Rechte vorenthalten werden in die Mitte der Hauptstadt und somit in die öffentliche Wahrnehmung. Damit unterlaufen sie das Konzept vieler Ausländerbehörden, die Flüchtlingsunterkünfte an den Stadtrand verbannen, um so den Kontakt zur Mehrheitsgesellschaft erheblich zu erschweren. Aber nicht nur in Berlin begehren Geflüchtete gegen die unmenschliche Asylpolitik auf, teilweise mit drastischen Mitteln. Ein nicht vollständiger Überblick, was seit Anfang des Jahres passiert ist:

In München traten im Juni 44 Geflüchtete in den Hungerstreik und verweigerten sogar die Aufnahme von Flüssigkeit. Ihr Protestcamp am Rindermarkt wurde am 30. Juni durch die Polizei gewaltsam geräumt. Der Räumung vorausgegangen waren Aussagen der Sozialministerin Bayerns Christine Haderthauer (CSU), die Politik sei »nicht erpressbar«. Eine Beschleunigung der ansonsten oft langwierigen Asylverfahren der Geflüchteten, war das einzige Angebot, was den Protestierenden gemacht wurde. Allerdings wurden die Anträge derer, die bereits vor dem Hungerstreik eine Ablehnung erhalten hatten, nicht erneut geprüft.

Im brandenburgischen Eisenhüttenstadt traten im Juli acht Inhaftierte des Abschiebegefängnis in den Hungerstreik. Sie forderten eine Aussetzung der Haft und Abschiebungen sowie Zugang zu einem ordentlichen Asylverfahren. Zur Unterstützung der Hungerstreikenden informierten Menschen vor dem Abschiebegefängnis mit einem Infobezettel über die Situation und versuchten den Kontakt der inhaftierten Menschen zur Außenwelt zu ermöglichen. Dies gestaltete sich schwierig, da dem

Unterstützungskreis der Zugang zu den Hungerstreikenden verwehrt wurde, auch als diese sich zwischenzeitlich im Krankenhaus befanden. Außerdem fanden Demonstrationen vor dem Abschiebegefängnis statt.

Unter dem Namen »Lampedusa in Hamburg« protestieren in der Hansestadt Geflüchtete für ihre Anerkennung und Rechte. Mit Informationsveranstaltungen und Demonstrationen schafften sie zumindest den symbolischen Sprung in die Mitte der Zivilgesellschaft. So gewann der FC Lampedusa ein Freundschaftsspiel gegen die Mannschaft der 8. Herren des FC St. Pauli mit 5:2. Einige Geflüchtete sind in die Gewerkschaft ver.di eingetreten.

Ende Juli errichteten Geflüchtete auf dem Nürnberger Hallplatz ein Protestcamp. Wie in den anderen Camps in Deutschland forderten sie einen Stopp der Abschiebungen, eine Aufhebung der Residenzpflicht, Abschaffung der Unterbringung in Flüchtlingsheimen und Arbeitserlaubnis. In Nürnberg protestierten Geflüchtete schon 2012 am selben Ort mit einem Camp für ihre Rechte. Die Situation in Bayern ist besonders prekär, da der Freistaat, noch immer auf Sachleistungen setzt um Geflüchtete zu versorgen. Sie bekommen also Essenspakete statt Geld, um sich zu verpflegen. Diese Praxis ist nicht nur entwürdigend, sondern für den Staat sogar teurer, als Geld auszus zahlen. Trotzdem hält Bayern daran fest.

Ende August machten sich Geflüchtete in zwei Protestmärschen von Würzburg und Bayreuth auf den Weg nach München. Pünktlich zur Landtagswahl im September wollen sie die bayrische Landeshauptstadt erreichen. Schon zu Beginn wurden sie von der Polizei kontrolliert und diejenigen gezwungen umzukehren, die gegen die Residenzpflicht verstießen.

Die Vielzahl der Proteste zeigt, deren Notwendigkeit, und machen auch Mut. ★

Auf dem Laufenden bleiben: www.refugeentaction.net

War Rassismus wieder das Motiv?!

Schon im Juni 2006 demonstrierten 2000 Menschen unter dem Motto »Kein zehntes Opfer!« in Kassel. Damals wurden die Hinterbliebenen der NSU-Opfer von den Ermittlungsbehörden verdächtigt und auch von der Gesellschaft erfuhren sie keine Unterstützung oder Solidarität.

Insbesondere nach dem Nagelbombenanschlag im Juni 2004 hatten die Betroffenen der Keupstraße Neonazis als Täter verdächtigt.

Doch das allgemeine Vertrauen in die Ermittlungsbehörden und der Alltagsrassismus verhinderten eine ernstzunehmende gesellschaftliche Infragestellung der offiziellen Version der Ermittlungsbehörden. Diese behaupteten, dass die Opfer »in kriminelle Machenschaften verwickelt und wegen etwaiger Verfehlungen von einer unbekannten Organisation bestraft worden« seien. Der Umfang und das Engagement der Ermittlungsbehörden müsste eigentlich beeindrucken, schließlich wurden hunderte Zeug_innen verhört, selbst in der Türkei wurde ermittelt und die Behörden gingen sogar soweit fingierte Dönerbuden zu eröffnen und einen Wahrsager zu Rate zu ziehen. Nur das scheinbar Naheliegendste, ein rassistisches Motiv, wurde nicht weiter verfolgt und dies, obwohl Zeug_innenaussagen,

(Profiler-)Analysen und verschiedene Beweise genau darauf hindeuteten. Der Ende August veröffentlichte tausend Seiten umfassende Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses benennt eine Vielzahl von Fehlern, Versäumnissen, Koordinierungsmängeln, Behördenkonkurrenzen, falschen Ermittlungsansätzen und bezeichnet dies als ein »massives Behördenversagen«. Jedoch tut er eins nicht, er benennt nicht das »entscheidende Problem« nämlich den »institutionellen Rassismus«, so die Kritik des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins e.V. (RAV). Denn so heißt es in der Pressemitteilung des RAV, »Unabhängig von der persönlichen Einstellung und den Absichten der Beamten, folgen die Ermittlungsbehörden einer inneren Logik, Normen und Werten, deren rassistische Konsequenzen sich



unter anderem in den Ermittlungen zur Mord- und Anschlagsserie des NSU wieder finden.«

Und der Mord an Burak

In der Nacht des 04. April 2012 wurde der 22-jährige Burak Bektaş in Berlin-Neukölln erschossen, seine beiden Freunde Alex A. und Jamal A. wurden durch den Mörder lebensgefährlich verletzt. Ein Kripobeamter äußerte sich in einem Interview zum »Fall Burak« folgendermaßen »Die Vorgänge rund um die NSU haben uns hier sensibilisiert«. Entsprechend würde



auch ein neonazistisches Motiv in Betracht gezogen werden, obwohl es dafür »keinerlei Anhaltspunkte« gäbe. »Keinerlei Anhaltspunkte« klingt dann angesichts der bekannten Fakten doch etwas überraschend: 1) Es gibt keine Verbindung zwischen dem Täter und den Opfern; 2) noch gibt es ein offensichtliches Motiv. Der Mörder war einfach auf die Jugendlichen zugegangen und hatte auf sie geschossen. 3) Es handelt sich nach Zeugenaussagen bei dem Täter, um einen 40 bis 60-jährigen und ca. 1,80 Meter großen Weißen. 4) Der Mord an Burak fand ausgerechnet am 20. Todestag des Neonazis Gerhard Kaindl (Deutsche Liga für Volk und Heimat) statt. Kaindl war an diesem Tag bei einer Auseinandersetzung mit Antifaschist_innen in Neukölln (!) ums Leben gekommen und anschließend zum Märtyrer stilisiert worden. 5) Anlässlich seines 20. Todestag wurde auf der neonazistischen Internetseite »Neue Ordnung« indirekt dazu aufgerufen, Kaindl zu rächen. Die Ähnlichkeit der Opferwahl und des Impetus zu den Taten des NSU sollte zumindest hellhörig machen.

Auch nach eineinhalb Jahren ist der Mord an Burak noch nicht aufgeklärt. ★

Der andere 11. September

Vor vierzig Jahren am 11. September 1973 fand der Militärputsch in Chile gegen das 1970 frei gewählte linke Wahlbündnis Unidad Popular statt. Unter dem Unidad Popular-Präsidenten Salvador Allende wurden eine Vielzahl von Maßnahmen durchgeführt, die einen grundlegenden Wandel der Gesellschaft in Chile herbeiführen sollten. Vor allem die Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftszweige (Bankwesen, Landwirtschaft, Kupferminen, Industrie, Kommunikation) trugen zur Veränderung bei. Weiter wurden diverse Bildungs- und Sozialreformen durchgeführt, die den Ärmsten helfen sollten. Allerdings wurde diese sozialistische Mehrparteiengovernment nicht nur von der chilenischen Oberschicht und dem Militär, sondern im Kontext des Kalten Krieges auch von allen westlichen Staaten abgelehnt. Die Aussage von US-Außenminister Henry Kissinger »Ich sehe nicht ein, weshalb wir zulassen sollen, dass ein Land marxistisch wird, nur weil die Bevölkerung unzurechnungsfähig ist«, sollte nicht folgenlos bleiben. Massiv unterstützte die USA, insbesondere die CIA die Opposition und schließlich kam es unter dem General Pinochet zum Militärputsch. Die nächsten fünfzehn Jahre waren geprägt durch eine Militärdiktatur, die mit einer brutalen und systematischen Repression und permanenten Menschenrechtsverletzungen einherging. Bis heute sind die begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nur unzureichend aufgearbeitet. Weiter fand zeitgleich in Chile ein neoliberaler Umbau von Ökonomie und Gesellschaft statt, der Chile bis heute prägt.

Antifa Info wird 100

In diesem Jahr wird die hundertste Ausgabe des Antifaschistischen Infoblattes (AIB) erscheinen.

Seit nunmehr 26 Jahren werden umfangreiche und qualitativ hochwertige Rechercheartikel und Analysen über die extreme Rechte veröffentlicht. Um hinsichtlich der extremen Rechten in all ihren Erscheinungsformen bundesweit und international auf dem neusten Stand zu sein, ist das AIB wohl die wichtigste Informationsquelle. Ob rechte Burschenschaften, Esoterikvereine, Parteien, Zeitungen oder militante Neonaziorganisationen, das AIB berichtet über sie. Darüber hinaus ist Raum für Debatten innerhalb der Antifabewegung, rechte Entwicklungen bzw. Kontinuitäten in der Gesellschaft, Sicherheitspolitik und staatliche Versuche der Delegitimierung linken Widerstandes.

Die 100. Ausgabe wird gefeiert: Am

4. Oktober 2013 im Kreuzberger SO36.

Mehr dazu auf: www.antifainfoblatt.de

Antifa Berlin wird 10

Als eines der Nachfolgeprojekt der Antifaschistischen Aktion Berlin wurde 2003 die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) gegründet. Eine der ersten Aktionen war ein großer Konzert mit der linken katalanischen Ska-Punk-Band »Obrint Pas« im Frühjahr 2003. Es folgten Großevents, wie die alljährliche revolutionäre 1. Mai-Demo und die Gedenkdemo an Silvio Meier, die Proteste gegen den G8 Gipfel 2007, Blockaden von Neonaziaufmärschen wie in Dresden oder die Großdemos in der Blockupy-Bewegung in Frankfurt. Zum 10. Jahrestag wird es ein Wiedersehen mit alten Weggefährten_innen geben. Unter anderem mit »Obrint Pas«, die für die ALB im SO36 auftreten werden.

Nähere Informationen und Karten

dennächst auf antifa.de und so36.de

»Eine Behörde die Nazistrukturen aufbaut – gehört abgeschafft!«

Spätestens seit dem ersten Eintrag im VS-Bericht von Mecklenburg Vorpommern hat sich die Fangemeinde der antifaschistischen Punkrockband Feine Sahne Fischfilet enorm vergrößert.

Was macht ihr schon länger, Musik oder Politik?

Die Band gibt es seit Ende 2006. Schon damals haben wir klar gemacht, dass wir keinen Bock auf Nazis haben. Hier ist es an vielen Orten »in« oder zumindest akzeptiert Nazi zu sein. Da verteilt die NPd vor der Schule CDs, das wirkt so ein bisschen rebellisch, das spricht viele an. Aber irgendwann muss man sich positionieren und wenn du das in solchen Regionen machst, dann heißt das halt auch, dass einen viele gleich als »Zecke« ansehen. Anfangs hatten wir auch sexistische Texte in unserem Repertoire. Das heißt: Wir haben uns erst mit der Zeit immer weiter politisiert. Irgendwann war klar, dass wir die Songs nicht mehr spielen. Je mehr wir dann auf Demonstrationen gegangen sind und uns mit verschiedenen Themen auseinandergesetzt haben, desto politisch aktiver wurden wir auch.

Ihr sprecht auch über Angst vor Neonazis und sinnlose Mackermilitanz. Warum ist Euch das wichtig?

Wir sagen, was wir denken und fühlen. Wir finden nichts düsiger, als wenn Leute die ganze Zeit nen Harten schieben. Gleichzeitig finden wir es auch null schlimm, wenn in den richtigen Situationen rumgepölt wird und man die Nazis in die Schranke weist. Wenn man jedoch nur noch rumpölt, dann erzeugt das nichts anderes als Fremdscham.

Selbstverständlich haben wir auch Angst. Wir leben in einem Bundesland, in dem 40.000 Leute eine rassistische Partei wählen und in dem es fast täglich zu Übergriffen auf Menschen kommt, die nicht in das Weltbild



der Nazis passen. Unser Bandbus wurde von 20 Nazis angegriffen, Konzertorte mit Buttersäure beschmiert und es gab tausende Aufkleber mit dem gespaltenen Kopf unseres Sängers drauf. Es ist unseres Erachtens nach wichtig sich mit den eigenen Ängsten auseinanderzusetzen, sich aber von der Angst auch nicht lähmen zu lassen. Das was wir machen ist richtig!

Vor zwei Jahren standet ihr im VS-Bericht, wie seht ihr das heute?

Wir denken immer noch, dass eine Behörde, die Nazistrukturen aufbaute, finanzierte etc. und weiterhin antifaschistische Initiativen kriminalisiert, abgeschafft gehört. Wir sind weiterhin im Verfahren gegen den VS-Bericht. Wir denken, dass es der richtige Schritt war, diesen Eintrag offensiv öffentlich anzugehen. Wir denken immer noch, dass es in der Arbeit gegen Neonazis nicht solcher Behörden bedarf. Die Menschen müssen es selbst in die Hand nehmen.

Wie sieht euer Kurztipp auf dem Weg in eine bessere Gesellschaft aus?

Wir glauben nicht daran, dass wir noch die große Weltrevolution, in der sich alle Menschen in den Armen liegen und Zuckerwatte essen, mitbekommen. Jedoch macht uns das nicht unmotivierter. Wir wollen dort wo wir leben, etwas bewegen. Wir denken, dass es wichtig ist, aus seinen Wohlfühlkissen raus zu kommen, die Leute in den Provinzen zu supporten. Es gibt überall coole Menschen. ★

